

Der Zukunft öffnen - Thüringen voran bringen.

Sozialdemokratisches
Regierungsprogramm
zur Thüringer
Landtagswahl 1999

Thüringen

SPD

A 99 - 06671

Gemeinsam für unser Land.

Sozialdemokratisches Regierungsprogramm zur Thüringer Landtagswahl 1999

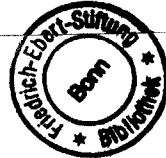
Herausgeber:

SPD Landesverband Thüringen
Landesgeschäftsstelle
Dalbergsweg 8
99084 Erfurt

Produktion/Layout: Neumeister.Erfurt

Redaktionsschluß:
August 1999

A 99 - 06671



Inhalt	Seite
Präambel	4
1. Arbeit und Wirtschaft	6
2. Soziales	11
2.1 Kinder und Jugendliche	11
2.2 Familien	12
2.3 Frauen	12
2.4 Senioren	13
2.5 Menschen mit Behinderung	13
2.6 Sport	14
2.7 Gesundheit	14
2.8 Verbraucherschutz	15
3. Wohnen, Stadt- und Siedlungsentwicklung	15
4. Verkehr	17
5. Landwirtschaft	19
6. Umwelt	21
7. Tourismus	23
8. Bildung und Wissenschaft	24
9. Kultur und Medien	27
10. Inneres	28
10.1 Innere Sicherheit	28
10.2 Feuerwehr	32
10.3 Asylpolitik/Ausländerpolitik	32
11. Justiz	33
12. Kommunale Selbstverwaltung	35
13. Modernisierung der Verwaltung	37
14. Finanzen	38
15. Thüringen in Europa	39



Sozialdemokratisches Regierungsprogramm zur Thüringer Landtagswahl 1999

Präambel

Thüringen hat viele Stärken, die den Menschen seit Jahrhunderten Arbeit gegeben und sie mit Stolz erfüllt haben. Ein vielseitiges Handwerk und Gewerbe, das auch Grundlage für die Herausbildung hoch spezialisierter moderner Industrieproduktion war, bezeugt das mit seiner besonderen regionalen Ausprägung bis heute. Die bedeutsame kulturelle Vielfalt und die landschaftlichen Schönheiten ziehen Besucher aus aller Welt an.

Die Thüringerinnen und Thüringer selbst sind aber die größte Stärke unseres Landes. Wir haben in der Vergangenheit unter schwierigsten politischen und wirtschaftlichen Bedingungen enorme persönliche Leistungen erbracht. Mit Tatkraft und Fleiß, Einfallsreichtum und Standvermögen, Intelligenz und Wissen haben viele eine Verbesserung ihrer Lebensumstände erreicht. Diese Fähigkeiten und das Engagement der Bürgerinnen und Bürger sind für unser Land nach wie vor die besten Voraussetzungen für eine gute Zukunft.

An der Schwelle zum neuen Jahrtausend steht unser Land vor großen Herausforderungen. Thüringen kommt voran, wenn es sich der Zukunft öffnet. Dazu brauchen wir eine Regierung, die dafür den Willen, das Wissen und die Kraft hat. Unser Land hat große Chancen. Diese mit Mut und mit Phantasie zu nutzen, war und ist unser zentrales Anliegen.

Die SPD hat als Regierungspartei in Thüringen Vertrauen erworben und gute Arbeit geleistet. Uns ist es seit der Regierungsbeteiligung gelungen, durch Sachpolitik und das Durchsetzen wichtiger Positionen die Landespolitik zum Wohle der Menschen in Thüringen zu gestalten. Wir haben fri-

schenden Wind in die Landespolitik gebracht, wichtige Vorhaben verwirklicht. Jetzt gilt es, nicht auf halbem Wege stehen zu bleiben. Was wir 1994 begonnen haben, wollen wir mit ruhiger Hand und ganz nahe bei den Menschen im Interesse des Landes nach den Landtagswahlen im September 1999 als stärkste politische Kraft fortführen. Für die Lösung der Aufgaben der nächsten Jahre ist die SPD Thüringen gut vorbereitet, auch deshalb, weil wir den kürzesten Draht zur Bundesregierung haben.

Soziale Gerechtigkeit und die Verbesserung der Lebensqualität der Menschen, die in unserem Land wohnen und arbeiten, sind dabei Leitlinie unserer Politik. An diesem Ziel orientieren wir unsere politischen Vorhaben, die wir in diesem Programm niedergelegt haben. Wir wollen, dass sich die Wirtschafts- und Lebensverhältnisse in Thüringen denen in den westlichen Bundesländern angleichen und dabei unsere Identität und Eigenständigkeit wahren.

Im Mittelpunkt steht für uns die Überwindung der Arbeitslosigkeit. Wir sind nicht bereit, uns mit einer Entwicklung abzufinden, die einen erheblichen Teil der Gesellschaft dauerhaft von Erwerbsarbeit ausschließt. Wir Sozial-

demokraten wissen: Arbeitslosigkeit und die Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes zerstören unsere Gesellschaft. Deshalb ergreifen wir Partei für alle, die in Arbeitslosigkeit leben müssen oder von ihr bedroht sind.

Gerade wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind in der Lage, soziale Gerechtigkeit und wirtschaftlichen Erfolg miteinander zu verknüpfen. Thüringen braucht daher in den nächsten fünf Jahren eine Regierung, die die Wirtschaftskraft stärkt und dadurch Arbeitsplätze schafft und sichert. Dafür und für eine dynamische Entwicklung unseres Landes steht die Thüringer SPD mit ihrem Spitzenkandidaten Richard Dewes.



1. Arbeit und Wirtschaft

Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten steht die Neuschaffung von Arbeitsplätzen und die Sicherung und der Erhalt bestehender Arbeitsplätze in Thüringen im Zentrum unserer Politik für die Menschen. Die SPD will existenzsichernde, dauerhafte und tariflich abgesicherte Arbeitsplätze. Dazu werden wir alle Gestaltungsräume der Politik ausschöpfen. Gestaltung heißt: Förderung im Sinne von Beschäftigung und Nachhaltigkeit, Investitionslenkung in Zielregionen und Überprüfung der öffentlichen Vergabepraxis im Interesse Thüringer Unternehmen und einheimischer Arbeitsplätze. Wir können dabei mit einer wirkungsvollen Unterstützung durch die SPD-geführte Bundesregierung rechnen.

Voraussetzung für einen funktionierenden Arbeitsmarkt ist eine stabil wachsende Wirtschaft. Ziel unserer Wirtschaftspolitik ist es, eine selbsttragende und zukunftsorientierte wirtschaftliche Entwicklung im Freistaat zu erreichen. Diese ist nur möglich, wenn eine gesunde industrielle und gewerbliche Basis in den wertschöpfenden Wirtschaftszweigen wiederhergestellt wird, ein lebendiges Handwerk im Lande wirken kann und der unternehmensnahe Dienstleistungssektor in das Wirtschaftsgefüge einbezogen ist.

Für eine SPD-geführte Landesregierung ist Wirtschaftspolitik mehr, als nur Rahmendaten zu setzen. Aktive Gestaltung durch die Politik heißt Orientierung an einem wirtschaftspolitischen Leitbild. Für die SPD ist dieses Leitbild die dynamische Bestandspflege der Thüringer Wirtschaft. Es beinhaltet gleichermaßen die Ansiedlung und Gründung neuer Betriebe im Rahmen einer vorausschauenden Standortpolitik in Verbindung mit aktiver Beschäftigungspolitik sowie die aktive Unterstützung bei der Konsolidierung und Modernisierung bestehender Unternehmen. Weiter kommt es uns darauf an, die Thüringer Unternehmen bei der Verbesserung der Arbeitsorganisation, der Kooperation, der Managementqualifikation und der Arbeitsbedingungen zu unterstützen.

Wachstums- und Innovationsimpulse sowie die Entwicklung neuer Beschäftigungsfelder erfordern ein wirtschafts- und innovationsfreundliches Klima sowohl auf Landes- als auch auf kommunaler Ebene.

Wir werden eine aktive Wirtschaftspolitik betreiben, die industrielle Standorte erhält, modernisiert und weiterentwickelt, kleine und mittlere Unternehmen in ihrem Engagement fördert und Eigeninitiative für neue Unternehmeraktivitäten anregt und stärkt. Eine wesentliche Voraussetzung dafür ist neben der Modernisierung auch der Ausbau der Infrastruktur. Die Einbindung in integrierte, regionale Entwicklungskonzepte bzw. Branchenkonzepte soll die Wirtschaftsförderung zu einem Instrument der qualitativen Strukturentwicklung machen. Die Aktivitäten bestehender Landeseinrichtungen, wie die der LEG und der TAB, werden wir noch intensiver verzahnen und noch zielorientierter ausrichten.

Die Förderpolitik muß überschaubar werden. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten werden die Förderprogramme vereinfachen und bündeln. Dazu werden die Förderprogramme überprüft und inhaltlich transparenter gestaltet. Strukturschwache Regionen werden besonders berücksichtigt.

Schwerpunkte sind die Investitionsförderung, Existenzgründungs- und Existenzsicherungsförderung, die Innovationsförderung sowie ein aktives Standortmarketing. Besondere Priorität ist einer zukünftigen Absatzförderung einzuräumen, die daran ausgerichtet ist, zur Markterschließung und zur Marktdurchdringung sowie zur Konsolidierung der Unternehmen im Markt maßgeblich beizutragen. Wir werden die Förderinstrumentarien zur einzelbetrieblichen Förderung und zur Verbesserung der wirtschaftsnahen Infrastruktur in Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften, Kammern und Verbänden der Wirtschaft und Kommunen und unter Nutzung externen Sachverständigen neu ausrichten, um Fehlentwicklungen der Vergangenheit zu korrigieren. Diese neue Partnerschaft werden wir auch bei der Erarbeitung von regional- und strukturellen Leitbildern praktizieren.

Die Wirtschaftsförderung soll sich verstärken als Dienstleister und als Mittler zwischen den Unternehmen und der Verwaltung verstehen. Ziel ist es, die Wirtschaftsförderung zu einer Servicestelle zu entwickeln, die der erste Ansprechpartner für alle den Standort betreffenden Fragen ist und die die notwendigen Verwaltungsverfahren innerhalb der Verwaltung koordiniert und vorantreibt.

Es war die Thüringer SPD, die erreicht hat, dass Investitionen in der zu Ende gehenden Legislaturperiode sinnvoller und beschäftigungsoptimal gefördert wurden. Für uns besitzt eine arbeitsplatzorientierte Förderpolitik auch weiterhin Priorität. Die thüringische Wirtschaft braucht eine gezielte investive Förderung, die regional und sektoral abgestuft ist. Künftig kommt dem verstärkten Ausbau der Infrastrukturförderung sowie der Förderung von unternehmensnahen Dienstleistungen für klein- und mittelständische Unternehmen (KMU) eine wachsende Bedeutung zu. Wir wollen verstärkt Unternehmen fördern, die tariflich bezahlen, soziale Standards erfüllen und im besonderen Maße Frauen und Behinderte beschäftigen bzw. über Bedarf Ausbildungsplätze bereitstellen. Über die Förderung wollen wir auch besonders Umweltsengagement belohnen.

Die Vergabe öffentlicher Aufträge soll so geregelt werden, dass die Unternehmen, die in besonderem Maße Frauen und benachteiligte Gruppen am Arbeitsmarkt beschäftigen, tariflich und soziale Standards erfüllen, besonders berücksichtigt werden. Aufträge der öffentlichen Hand sollen verstärkt ortsansässigen Unternehmen zugute kommen. Das gleiche gilt bei Unternehmen, die in besonderem Maße

umweltverbessernde Verfahren und Produkte anwenden.

Der weitere Aufbau von Forschung und Technologie im Lande - universitäre und außeruniversitäre Forschung - ist die wesentliche Grundlage für wirtschaftliche Chancen in der Zukunft, weil nur durch wirtschaftliche Kreativität und Innovation im produzierenden und dienstleistenden Bereich die Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Thüringen sichergestellt werden kann. Nur so können Arbeitsplätze in Zukunftsindustrien - z. B. im Bereich der Umwelt-, Bio- und Kommunikationstechnologie - für Thüringer geschaffen werden. Entscheidend ist die Ausrichtung von Forschung und Entwicklung im Hinblick auf die Wertschöpfung der Wirtschaft. Wir setzen dabei auf die Technologien, die die Lebensqualität der Menschen und die Umwelt verbessern. Um dieses Ziel zu erreichen, ist es notwendig, das Netzwerk aus Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung auszubauen und zu intensivieren.

Ein besonderer Schwerpunkt unserer Politik wird der Stabilisierung unserer leistungsfähigen Landwirtschaft und einem stärkeren Ausbau des Tourismus im gesamten Land gewidmet sein. Landwirtschaft und Tourismus sind so zu fördern, dass die natürlichen Ressourcen

geschützt und die Belange des Umweltschutzes berücksichtigt werden.

Die Sicherung der landwirtschaftlichen Produktion ist eine wesentliche Voraussetzung für Arbeit und Einkommen im ländlichen Raum. Gleichzeitig ist die Landwirtschaft Grundlage für unsere Nahrungsgüterindustrie, die einen wachsenden Beitrag zur Schaffung neuer Arbeitsplätze in Thüringen leistet.

Mit seiner Vielfalt an reizvollen Landschaften, Kulturdenkmälern, Museen und kulturellen Traditionen ist Thüringen ein Tourismusland mit Zukunft. Zur Schaffung neuer Arbeitsplätze wollen wir mit dem gezielten Ausbau der touristischen Infrastruktur die Attraktivität Thüringens als Urlaubsland weiter steigern.

Der beruflichen Erstausbildung und der kontinuierlichen Weiterbildung von Arbeitskräften kommt bei dem Aufbau einer qualitativ leistungsfähigen Wirtschaftsstruktur eine entscheidende Rolle zu. Aus diesem Grunde ist es unumgänglich, der Wirtschaft Anreize zu bieten, ihren Teil zur Umsetzung dieses Ziels zu leisten, andererseits bestehen wir auf der Solidarität der Unternehmen bei der Ausbildungsverpflichtung.

Im Rahmen der regionalen und regionalisierten Wirtschaftspolitik werden wir

die Zusammenarbeit mit den Kommunen und Kreisen intensivieren. Diese Form der regionalen Wirtschaftspolitik setzt die Wirtschaftsförderung zugunsten der Sicherung und Mobilisierung des regionalen Entwicklungspotentials ein. Hierdurch werden wir insbesondere Existenzgründungen und Produktinnovationen neben der klassischen Investitionsförderung begleiten.

Mit den Instrumenten der Arbeitsmarktpolitik werden wir den Strukturwandel in Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit begleiten. Durch die Verzahnung der Elemente der Investitionsförderung und der Arbeitsmarktpolitik entwickeln wir die Beschäftigungspolitik zu einem Teilelement der regionalen Wirtschaftspolitik.

Der öffentlich geförderte zweite Arbeitsmarkt hat eine dauerhafte Existenzberechtigung, solange die gewerbliche Wirtschaft, die öffentlichen und privaten Haushalte nicht in der Lage sind, in ausreichendem Maße und Qualität Erwerbsarbeitsplätze und damit Einkommensmöglichkeiten zu gewährleisten. Er hat im wesentlichen zwei Funktionen: Erstens hat er Brückenfunktion zum regulären Arbeitsmarkt, zweitens muß er den Strukturwandel sozial flankieren.

Schon in der Vergangenheit haben wir erhebliche Landesmittel für den zweiten

Arbeitsmarkt zum Abbau der Arbeitslosigkeit eingesetzt. Wir wollen daher auch in Zukunft eine möglichst große Zahl an sinnvollen und produktiven Projekten gemeinsam mit der Wirtschaft und den Trägern realisieren. Dabei sind insbesondere für ältere Langzeitarbeitslose neue Formen und Modelle zu entwickeln.

Die von uns in den vergangenen Jahren auf Landesebene initiierte und aktiv betriebene Arbeitsmarktpolitik wollen wir auf hohem Niveau so fortentwickeln, dass veränderte gesellschaftliche und wirtschaftliche Rahmenbedingungen beachtet werden und eine stärkere Ausrichtung am regionalen Bedarf vorgenommen wird.

Arbeit zu schaffen, muß die Querschnittsaufgabe für alle Bereiche der Landespolitik werden. Die wirtschaftlichen Probleme des Landes können nur

mit einer großen gemeinsamen Anstrengung von Arbeitnehmern, Unternehmen, Wissenschaft und Politik gelöst werden. Daher werden wir auch in Thüringen zusammen mit den Gewerkschaften und der Wirtschaft ein Bündnis für Arbeit und Ausbildung schmieden.

Die Thüringer SPD wird die Projekte "Arbeit statt Sozialhilfe" mit neuen Ansätzen erheblich verstärken, um den Betroffenen den Übergang in den ersten Arbeitsmarkt zu ermöglichen und auf diesem Wege auch die kommunale Ebene zu entlasten.

Wir werden gerade auch die Frauen auf dem Arbeitsmarkt aktiv fördern. Sie sind nach wie vor am Arbeitsmarkt benachteiligt und müssen einen gleichberechtigten Zugang zu allen arbeitsmarktpolitischen Aktivitäten haben.

Wir werden angesichts der nach wie vor viel zu hohen Jugendarbeitslosigkeit mit aller Kraft daran arbeiten, Jugendliche in Ausbildung und nach der Ausbildung in Arbeit zu bringen. Es darf kein Jugendlicher von der Schule in die Arbeitslosigkeit geschickt werden.

Ein erster Schritt in diese Richtung wurde mit dem 100.000-Stellenprogramm für Jugendliche gemacht. Mit dem "Sofortprogramm zum Abbau der

Jugendarbeitslosigkeit" der neuen Bundesregierung, das einen besonderen Schwerpunkt im Osten Deutschlands hat und Ausbildungs-, Qualifizierungs- und Beschäftigungsangebote für 100.000 Jugendliche vorsieht, werden wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten eine enge Verzahnung zu unseren erfolgreichen Landesprogrammen herstellen. Die Einführung und Umsetzung weiterer Maßnahmen, wie Altersteilzeit, Einstiegsteilzeit für junge Arbeitnehmer oder Stellvertretungsmodelle, sind aktiv zu begleiten und zu unterstützen.

Wir werden uns für die solidarische Finanzierung der dualen Berufsausbildung stark machen.

Der zweite Berufsschultag ist zu erhalten. Die personellen und sachlichen Voraussetzungen in den Berufsschulen werden wir verbessern, um eine Stärkung des schulischen Bereichs der dualen Berufsausbildung zu erzielen.

2. Soziales

Wir wollen den sozialen Zusammenhalt fördern und soziale Ausgrenzung bekämpfen. Für uns gehört daher die Erfüllung sozialstaatlicher Aufgaben zu den Grundpflichten unseres Gemeinwesens. Die solidarische Gesellschaft ist

Ziel unserer Politik. Soziale Gerechtigkeit und die Sicherung der Lebensperspektiven der Menschen ist zugleich ein Beitrag zur Förderung von Toleranz und Demokratie. Uns Sozialdemokraten in Thüringen ist soziale Gerechtigkeit daher ein Leitbild, das für alle Politikbereiche gilt. Unsere Aufmerksamkeit widmen wir auch denjenigen, die unter Unrecht besonders gelitten haben.

Eine lebendige Sozialpolitik braucht hauptamtlich Tätige. Sie braucht aber auch ehrenamtlich Engagierte und die Selbsthilfe. Unser besonderes Augenmerk gilt deshalb der Stärkung des Ehrenamtes und der Stärkung der Selbsthilfegruppen. Angesichts der gesellschaftlich wichtigen Arbeit wollen wir den Gemeinsinn stärken und eine finanzielle Unterstützung, Versicherungsschutz sowie die Anerkennung der gewonnenen Qualifikation ehrenamtlich Tätiger gesetzlich regeln.

2.1 Kinder und Jugendliche

Die Thüringer SPD wird ihre Bestrebungen auf die Gestaltung eines kinderfreundlichen Thüringens ausrichten.

Wir wollen den Kindern und Jugendlichen, die in Thüringen aufwachsen, eine Zukunft in unserem Land geben. Wir



stehen für eine Jugendpolitik, die Orientierung gibt und Zukunftschancen eröffnet. Dazu werden wir die außerschulische Jugendbildung als Beitrag zur Demokratieentwicklung junger Menschen fördern. Wir werden die Beteiligungsrechte junger Menschen stärken. Der Kooperation von Jugendhilfe und Schule kommt eine besonders hohe Bedeutung zu.

Wir wollen die Landesjugendpauschale weiterhin fortführen und auf eine gesetzliche Grundlage stellen, um den Jugendlichen, den Beschäftigten und den Trägern von Jugendarbeit Sicherheit bei der Planung und Finanzierung dieser wichtigen Aufgaben zu geben. Die Kommunen können so flexibel und angemessen auf die Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen reagieren.

2.2 Familien

Familien haben für den dauerhaften Bestand, den Zusammenhalt, die Leistungsfähigkeit und die Lebensqualität unserer Gesellschaft eine herausragende Bedeutung. Deshalb werden wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten die Lebensbedingungen der Familien verbessern.

Alleinerziehende und nichteheliche Lebensgemeinschaften dürfen dabei

nicht benachteiligt werden.

Wir setzen uns für die gesellschaftliche und gesetzliche Anerkennung gleichgeschlechtlicher Lebensgemeinschaften ein.

Wir werden die Förderung und Unterstützung von Familien auf hohem Niveau weiterführen. Familien brauchen bezahlbare Wohnungen und ein kinder- und familiengerechtes Wohnumfeld. Die Gebühren für die Kinderbetreuung müssen weiterhin bezahlbar und deshalb auch zukünftig sozial verträglich gestaltet werden. Kindergärten bilden einen besonderen Teil der sozialen Infrastruktur. Wir wollen daher verstärkt ihre Sanierung vorantreiben.

2.3 Frauen

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten verstehen Frauenförderung als Querschnittsaufgabe für alle Politikbereiche. Wir werden dafür sorgen, dass Frauen gleichberechtigt und frei von gesellschaftlichen Benachteiligungen in Thüringen leben können. Wir stehen dafür ein, dass das Landesgleichstellungsgesetz konsequent umgesetzt und im Hinblick auf das Bundesgleichstellungsgesetz weiterentwickelt wird.

2.4 Senioren

Wir werden verstärkt eine aktive Seniorenpolitik gestalten. Allen älteren Menschen in Thüringen muß ein menschenwürdiges, ein möglichst eigenständiges und eigenverantwortliches Leben im Alter ermöglicht werden. Wir wollen dafür sorgen, dass ältere Menschen mehr Möglichkeiten zur Teilhabe am öffentlichen Leben, an sozialen und kulturellen Ereignissen erhalten. Mit ihren Lebenserfahrungen und ihrem Wissen sollen Senioren unsere Gesellschaft verantwortlich mitgestalten. Hierzu wollen wir mit dem Landesseniorenbeirat und den regionalen Seniorenbeiräten eng zusammen arbeiten, um mit ihnen gemeinsam den Landesaltenhilfeplan und das Landesaltenprogramm weiterzuentwickeln und fortzuschreiben. Die geriatrischen Behandlungsmöglichkeiten müssen ausgebaut werden. Ein entsprechendes Versorgungsangebot werden wir weiterhin zügig verwirklichen.

2.5 Menschen mit Behinderung

Menschen mit Behinderung sind in Thüringen ein selbstverständlicher und gleichberechtigter Teil der Gesellschaft. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialde-



mokraten werden die Lebensbedingungen Behinderter so gestalten, dass ihnen ein selbstbestimmtes Leben und ihre Integration in die Gesellschaft erleichtert wird. Dazu werden wir die Arbeitsbedingungen und die Bedingungen bei Pflege und Wohnen für Behinderte verbessern. Wir werden den Grundsatz „Ambulant vor stationär“ in der Behindertenhilfe konsequent umsetzen.

Eines unserer Ziele ist es, behinderte Menschen in den Arbeitsprozeß einzugliedern. Wir wollen eine Politik der Sicherung ihrer Mobilität und ihrer materiellen Gleichstellung betreiben. Neben dem Landesbehindertenbeirat wird als ständiger Ansprechpartner ein Behindertenbeauftragter ernannt und mit besonderen Befugnissen ausgestattet werden. Dadurch können alle behinderten Menschen eine für sie immer ansprechbare Vertrauensperson finden.

2.6 Sport

Eine wichtige soziale Funktion kommt dem Sport zu. Er trägt zur Lebensqualität bei und ist ein wichtiges Bindeglied für einzelne soziale Gruppen. Für Kinder, Jugendliche, ältere Menschen und Behinderte hat er eine besondere Funktion. Wir wollen den Sport weiterhin nachhaltig fördern und den Sporttreibenden und den Sportverbänden unsere Unterstützung geben.

Der Förderung der Sportvereine und -verbände im Leistungs- und Breitensport sowie der Instandsetzung und Ausbau der Sportstätten - hier auch der Landessport-schule - werden wir erhöhte Bedeutung beimessen. Wir werden dafür sorgen, dass ohne Verzögerungen in ganz Thüringen durch Neubau und Rekonstruktion ein Netz leistungsfähiger Sportstätten, insbesondere Sporthallen, auf kurzen Wegen für vielfältige Nutzung zur Verfügung steht. Damit schaffen wir die wesentlichen Voraussetzungen für den Schul- und Breitensport überall im Lande. Durch entsprechende Ausbaustandards der Hallen soll sichergestellt werden, dass sie prinzipiell auch dem gesellschaftlichen Leben in den Städten und Gemeinden zur Verfügung stehen können.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen sicherstellen, dass ein

Angebot an Hallenbädern durch Neubau und Rekonstruktion regional verteilt für den Leistungs-, Freizeit- und Schulsport genutzt werden kann. Ein Anliegen ist es uns auch, die Thüringer Städte und Gemeinden dabei zu unterstützen, ein attraktives Netz von Freibädern - vor allem im ländlichen Bereich - anbieten zu können.

Der zügige Ausbau der Sportstätten im Lande ist der beste Beitrag, dem thüringischen Leistungssport in allen Sparten hervorragende Arbeits- und Trainingsbedingungen zu bieten, damit auch in Zukunft Thüringer Spitzensportlerinnen und Spitzensportler in aller Welt erfolgreich vertreten und Jugendlichen ein Vorbild sein können.

2.7 Gesundheit

Wir garantieren der Bevölkerung in Thüringen weiterhin eine effiziente gesundheitliche Versorgung in erreichbarer Entfernung. Wir wollen dazu ambulant und stationär, aber auch rehabilitativ eine aufeinander abgestimmte Versorgung gemeinsam mit unseren Partnern im Gesundheitswesen sicherstellen.

Wir wollen die stationäre Versorgung in den Krankenhäusern weiter verbessern. Dazu streben wir ein flexibles und zu-

kunftssicheres, qualitativ hochwertiges und leistungsfähiges Krankenhaussystem an. Der Ausgestaltung eines modernen und zukunfts-offenen Systems der öffentlichen Gesundheitsdienste werden wir einen besonderen Stellenwert einräumen. Die Krankenversorgung im Land wird auch zukünftig durch ein leistungsfähiges Rettungsdienstsystem ergänzt. Bei Unfall und im Notfall stehen somit alle lebenserhaltenden Maßnahmen schnell und wirkungsvoll zur Verfügung.

Wir werden die Hospizbewegung dabei unterstützen, im Freistaat ein flächendeckendes leistungsfähiges Angebot machen zu können, damit eine würdevolle Sterbebegleitung gewährleistet wird.

Für die SPD Thüringen hat in der Sucht- und Drogenpolitik der Grundsatz der Prävention Vorrang. Wir treten für eine verstärkte Drogenvorbeugung an unseren Schulen ein. Die Aufklärungsarbeit im Kinder- und Jugendbereich insbesondere zu den Risiken sogenannter Designerdrogen wollen wir verstärken. Die Verfolgung der Dealer, die Kinder und Jugendliche zum Drogenkonsum verleiten, wird konsequent fortgesetzt. Wer mit Drogen handelt, verdient keine Nachsicht. Die Freigabe von Drogen jeglicher Art lehnen wir ab. Drogenabhängige müssen geeignete Hilfe erfahren. Die Unterstützung der Sucht-

krankenhilfe wollen wir fortsetzen, die therapeutischen Ansätze in diesem Bereich verstärken.

Wir setzen uns für die Stärkung der Selbsthilfegruppen und -einrichtungen ein.

2.8 Verbraucherschutz

Verbraucherschutz auf hohem Niveau wird von uns für die Konsumenten aber auch im Interesse der leistungsfähigen landwirtschaftlichen Produzenten gewährleistet.

3. Wohnen, Stadt- und Siedlungsentwicklung

Wir wollen, dass allen Menschen bezahlbares Wohnen mit einem angemessenen Standard ermöglicht wird.

Im Bereich Wohnungspolitik, der für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sowohl Wirtschafts- als auch investive Sozialpolitik ist, treten wir für eine den regionalen Erfordernissen angepasste Förderung der verschiedenen Wohnformen ein. Der freifinanzierte Wohnungsbau, der soziale Wohnungsbau und die Förderung des



selbstgenutzten Wohneigentums sind die drei Säulen sozialdemokratischer Wohnungsbaupolitik.

Im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus räumen wir einer bedarfsgerechten und sensiblen Sanierung des vorhandenen Wohnungsbestandes den Vorrang vor dem Wohnungsneubau ein. Damit unterstützen wir die heimische Wirtschaft und schaffen bzw. erhalten Arbeitsplätze im Baugewerbe und im Handwerk.

Neben Investitionen im Wohnungsbau ist für uns ein bedarfsgerecht ausgestattetes Wohngeld unverzichtbar. Wir unterstützen die Bemühungen der Bundesregierung zur Novellierung des Wohngeldgesetzes und werden im Land die nötigen Mittel zur Mitfinanzierung bereitstellen.

Wir werden auch dafür arbeiten, dass die Bürgerinnen und Bürger die Chance

erhalten, preiswert Wohneigentum zu erwerben. Dabei werden wir nach neuen Wegen suchen, dass Mieter die Möglichkeit erhalten, zu günstigen Bedingungen ihre Wohnung zu erwerben. Neben dem Eigenheim oder der Eigentumswohnung ist das Genossenschaftseigentum eine wichtige Form des Wohneigentums. Wir werden die bestehenden Genossenschaften unterstützen und die Neugründung von Genossenschaften fördern.

Ein Schwerpunkt unserer Politik ist auch die Sicherung der Mieterrechte. Wir treten insbesondere für ein sozial ausgewogenes und vereinfachtes Mietrecht ein. Durch ein breites Bündnis zwischen Bundes-, Landesebene, den Kommunen und den Spitzenverbänden der Mieter und Vermieter wollen wir die Mietnebenkosten wirksam begrenzen.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen eine nachhaltige Stadtentwicklung und Siedlungspolitik. Ob sich Menschen - Kinder, Senioren, Jugendliche, Singles, Familien - wohl fühlen, hängt entscheidend von der Gestaltung des Wohn- und Lebensumfeldes ab. Wir werden daher besondere Anstrengungen unternehmen, um die Lebensqualität in den Thüringer Städten und Dörfern zu erhöhen. Unser besonderes Augenmerk gilt dabei den klassischen Thüringer Plattenbausiedlungen.

Wir treten ein für eine Steigerung der Attraktivität des Wohnens durch Investitionen in die Gestaltung des Wohnumfeldes. Kinderspielplätze, Jugendtreffs, Altenbetreuung, Sportstätten, Einzelhandel und Dienstleistungen in Wohnungsnähe sowie eine bedarfsgerechte Verkehrsinfrastruktur sind kein Luxus, sondern Grundbestandteil der Lebensqualität. Das von der Bundesregierung zu diesem Zweck ins Leben gerufene Programm "Die soziale Stadt" begrüßen wir und werden die Kommunen bei der Erarbeitung der Projekte unterstützen.

Es gilt weiter, Rahmenbedingungen für die Wiederbelebung der Innenstädte zu schaffen. Die im Gegensatz zu den alten Bundesländern hohe Wohnnutzung in den Innenstädten wollen wir erhalten. Bestehende Sozialstrukturen und eine noch vorhandene gute Nutzungsmischung werden wir durch die Bündelung von Aktivitäten und Fördermöglichkeiten festigen. Zu lebendigen Innenstädten gehören die Bürgerinnen und Bürger, die dort wohnen und neben Handels-, Kultur- und qualifizierten Dienstleistungseinrichtungen maßgeblich das Flair der Innenstädte prägen.

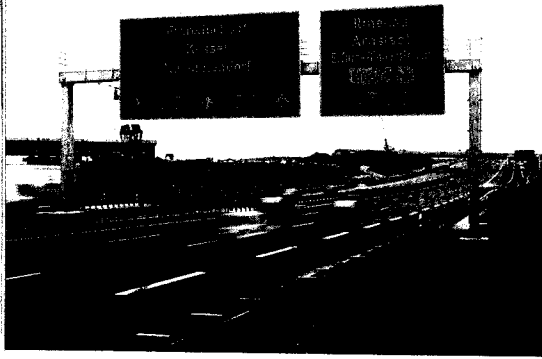
Die Kommunen werden wir beim Stadtmanagement unterstützen. Wir werden alle Möglichkeiten und Instrumente des Bau- und Planungsrechts nutzen, um kei-

ne weitere Ansiedlung von großflächigen Einzelhandelsunternehmen - insbesondere von factory-outlet-centers - auf der "grünen Wiese" zuzulassen. Städtebauförderungs- und Dorferneuerungsprogramme werden wir fortführen und weiterentwickeln. Im Sinne einer geordneten und nachhaltigen Stadt- und Siedlungsentwicklung werden wir die Regionalplanung stärken.

4. Verkehr

Wir setzen uns ein für eine Verkehrspolitik, die eine leistungs- und zukunftsfähige und umweltschonende Verkehrsinfrastruktur entwickelt, die die wirtschaftliche Entwicklung in unserem Lande unterstützt und damit der Sicherung und Schaffung von neuen Arbeitsplätzen dient. Die SPD Thüringen will Verkehrswege, die den Menschen mehr Mobilität und Lebensqualität bieten.

Der zügige Ausbau der regionalen Verkehrsinfrastruktur und die Fertigstellung der überregionalen Verkehrsprojekte sowie der Verkehrsprojekte Deutsche Einheit - insbesondere Autobahnen - haben für die Thüringer Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten oberste Priorität.



Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten unterstützen den zügigen Weiterbau der A 71 und A 73 nach Schweinfurt bzw. Coburg sowie den Weiterbau der A 71 von Erfurt nach Sangerhausen. Gleiches gilt für das Projekt und die Fertigstellung der A 38 von Göttingen nach Halle. Diese Autobahnprojekte sind aus Sicht der Thüringer Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten für die wirtschaftliche Entwicklung und innere Erschließung nicht nur Süd- bzw. Nordthüringens von essentieller Bedeutung, sondern für die des ganzen Landes.

Gleichermassen von Bedeutung ist, dass die regionale Verkehrsinfrastruktur Schritt für Schritt mit den Verkehrsprojekten Deutsche Einheit verbessert wird, was bedeutet, dass der Bau von Ortsumgehungen verstärkt betrieben wird, ebenso wie die Anbindung der Regionen Saalfeld/Rudolstadt/Bad Blanken-

burg, Greiz/Zeulenroda und Altenburg als klassische Industrieregionen des Landes an das Autobahnnetz der A 4, A 9 und A 71/73. Wir setzen uns weiter für den schnellen Ausbau leistungsfähiger Straßen von Erfurt in Richtung Nordthüringen mit entsprechenden Ortsumgehungen ein.

Wir werden bereits im Haushalt des Jahres 2000 einen höheren Mittelansatz zum Ausbau der Landesstrassen festschreiben, um insbesondere landesseitig die Anbindung von Mittel- und Untertzentren an das Bundesstraßennetz zu verbessern.

Wir setzen uns für das Projekt der A 44 von Eisenach nach Kassel, aber auch für den Bau der Bundesstraße vom Landkreis Schmalkalden/Meiningen nach Fulda ein.

Gleiches gilt für die Realisierung der ICE-Trasse zur Einbindung der Thüringer Eisenbahnlinien in das deutsche und europäische Schienennetz. Wir Thüringer Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten werden uns weiterhin uneingeschränkt für die ICE-Hochgeschwindigkeitsstrecke Nürnberg-Erfurt-Halle einsetzen. Höheren Stellenwert räumen wir der Mitte-Deutschland-Verbindung ein. Wir werden uns auch für die Schienenverkehrsranbin-

dungen Thüringens, seiner Städte und der Regionen stark machen.

Wir wollen, dass wesentliche Verkehrsleistungen verstärkt durch den öffentlichen Personennahverkehr und Schienenpersonennahverkehr abgedeckt werden. Dazu sichern wir ein attraktives und bezahlbares Angebot in diesen Bereichen, damit sich eine wirkliche Alternative zum Individualverkehr entwickelt. Das Thüringer ÖPNV-Gesetz werden wir entsprechend den technischen, organisatorischen und finanziellen Erfordernissen anpassen. Die Vertaktung der Verkehrsträger des ÖPNV untereinander, deren Verknüpfung mit dem Fernverkehr, dem motorisierten Individualverkehr, dem Fahrrad- und Fußgängerverkehr sowie die Schaffung von Verkehrsverbänden werden wir fördern und verstärkt betreiben.

Die SPD setzt sich für die Senkung des geplanten CO₂-Ausstoßes zum Jahr 2005 ein. Dies erfordert die Stärkung der Marktposition der Bahn. Unser Ziel ist es, die Attraktivität, Flexibilität und Leistungsfähigkeit des Schienennetzes zu erhöhen.

Um die Straße zu entlasten, ist es nötig, besonders den Güterverkehr neu zu organisieren. Dazu fördern wir die Einführung neuer Logistiksysteme, die die Vorteile jedes Verkehrssystems stärken.

Den Luftverkehr in Thüringen werden wir auch weiterhin bedarfsgerecht in das Luftverkehrsnetz des Bundes einbinden. Dies schließt den mittelfristigen Ausbau des Flughafens Erfurt sowie die Entwicklung der Verkehrslandeplätze Thüringens unter der Berücksichtigung ökologischer und gesundheitlicher Aspekte der Anwohner ein.

5. Landwirtschaft

Wir wollen in Thüringen eine über die Jahrtausendwende hinaus langfristig wettbewerbsfähige, flächendeckende und umweltverträgliche Landwirtschaft als Kernstück der Wirtschaft in ländlichen Räumen gestalten. Wir setzen uns für die Fortführung der EU-Agrarpolitik mit dauerhaft verlässlichen Rahmenbedingungen ein, deren Grundlage ein Programm zur effektiven und umweltverträglichen Landnutzung sein soll. Dazu wollen wir Unternehmen aller Rechtsformen unabhängig von der Betriebsgröße mit effektiver Tierhaltung und Pflanzenproduktion unterstützen, die Nahrungsmittel hoher Qualität und nachwachsende Rohstoffe erzeugen. Wir setzen uns für eine höhere bundespolitische Akzeptanz für die historisch gewachsenen Strukturen in der Landwirtschaft der neuen Bundesländer ein.

Wir wollen unterschiedlichen Unternehmensformen abgestufter Intensität mit alternativen Flächennutzungskonzepten und hoher Wertschöpfung im ländlichen Raum Entwicklungsmöglichkeiten bieten.



Der artgerechten Tierhaltung und der Beschränkung von Tiertransporten gilt dabei unser besonderes Augenmerk.

Eine zentrale Aufgabe der Landwirtschaftspolitik der nächsten Jahre ist die Sicherung der Umweltverträglichkeit und die Integration der landwirtschaftlichen Nutzung in den ländlichen Raum. Zur Bewertung der Umweltverträglichkeit landwirtschaftlicher Unternehmen sollen in Zukunft die Kriterien einer umweltverträglichen Landnutzung verwendet werden. Der Schutz der Qualität von Oberflächen- und Grundwasser ist zum Erhalt regionaler Wasserressourcen bei der Bewertung der Umweltverträglichkeit

landwirtschaftlicher Unternehmen vorrangig zu berücksichtigen. Wir setzen uns weiterhin für flächengebundene Bestandsobergrenzen ein und wenden uns gegen Bestrebungen zur Beibehaltung bzw. Einführung von unternehmensbezogenen Produktionsobergrenzen. Wir wollen die Tierhaltung in der Fläche aus ökologischen und arbeitsmarktpolitischen Gründen vorrangig fördern. Methoden der Bio- und Gentechnologie in der Landwirtschaft werden unter kritischer Abwägung ihrer Umweltverträglichkeit sowie ihrer ethischen Grenzen und Konsequenzen angewendet sowie die Forschung gefördert. Die Erzeugung hochwertiger Nahrungsmittel muß so erfolgen, dass die Wertschöpfung im ländlichen Raum verbleibt und überregionale Vermarktung möglich wird. Auf Veränderungen des Flächenbedarfs zur Gewinnung von Nahrungsmitteln und nachwachsenden Rohstoffen muß durch Konzepte der Offenhaltung, Reaktivierbarkeit und des dauerhaften Erhalt der Fruchtbarkeit der landwirtschaftlichen Nutzflächen reagiert werden können. Die Leistungen der Land- und Forstwirtschaft in der Landschaftspflege, insbesondere in Gebieten mit höheren Aufwendungen zur Nahrungsmittelherstellung, müssen in Zukunft durch die Gesellschaft stärker anerkannt und gefördert werden. Die wirtschaftliche Landnutzung stellt

einen wichtigen stabilisierenden Faktor für die sozialen Verhältnisse in unseren Dörfern dar. Die Beschäftigungssituation in den ländlichen Räumen Thüringens muß neben der Landbewirtschaftung und Landschaftspflege weitere Impulse erhalten. Große Chancen sehen wir dabei in der Verbindung traditioneller Gewerke, die im regionalen Zusammenhang Produkte und Dienstleistungen anbieten, mit der Ansiedlung von dezentral organisierten und ortsunabhängigen Dienstleistungsunternehmen der Kommunikations- und Informationsgesellschaft. Kulturelle, soziale und sportliche Angebote müssen in den ländlichen Siedlungsgebieten erhalten bzw. geschaffen werden, um die Dörfer als attraktive Lebensräume zu gestalten. Wir wollen in den dörflichen Siedlungsgebieten im Interesse der gesamten Dorfgemeinschaft bessere Integrationsmöglichkeiten schaffen.

Die Bodenreform ist für uns unumkehrbar.

6. Umwelt

Die thüringische SPD ist sich der Aufgabe bewußt, auch für die kommenden Generationen Bedingungen zu sichern, die ein gesundes Leben ermöglichen. Es gehört zu unserer politischen Verantwortung, dass der Begrenztheit der natür-

lichen Ressourcen Rechnung getragen und der Gefährdung natürlicher Lebensräume Einhalt geboten wird. Wir sprechen uns daher für eine nachhaltige Entwicklung im Sinne internationaler Abmachungen aus.

Wir wollen die landschaftliche Vielfalt und den Artenreichtum Thüringens durch die Ausweisung von Schutzgebieten und durch abgestimmte Maßnahmen der Landschaftspflege erhalten und entwickeln. Unser besonderes Augenmerk gilt der Herstellung von Biotopverbundsystemen zur Sicherung der Artenvielfalt in der Kulturlandschaft Thüringens. Die Thüringer SPD als Hauptinitiatorin des Nationalparks Hainich wird in den nächsten Jahren dafür Sorge tragen, dass sich dieses Projekt fortentwickeln kann. Es soll ein bundesweit beachtetes ökologisches Beispiel werden, das nicht nur forstwirtschaftliches Fachpublikum in den Hainich führt, sondern das sich als das größte europäische Buchenwaldgebiet zu einem auf naturschonende Art und Weise zugänglichen Tourismusmagneten entwickelt. Der Nationalpark Hainich muß gleichzeitig für die wirtschaftliche Entwicklung der Region zwischen Eisenach und Mühlhausen zu einem wichtigen Standortfaktor werden. Schon heute zeigen steigende Übernachtungszahlen in den Fremdenverkehrsbetrieben der Region, dass wir hier auf dem richtigen Weg sind.

Zur Aufrechterhaltung der Funktionen des Waldes und seines nachhaltigen Schutzes wollen wir den naturnahen Waldumbau in Thüringen mit standortgerechten Holzarten fortsetzen. Zur Gewährleistung einer naturnahen Waldbewirtschaftung ist die Vermarktung des einheimischen Rohstoffes Holz aus nachhaltiger Forstwirtschaft noch stärker zu fördern.

In Thüringen muss eine verantwortliche Entsorgung von Abfällen gewährleistet werden. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten setzen uns daher ein für eine zukunftsorientierte, ökologisch sinnvolle und effiziente Abfallwirtschaft, die auch für die gebührenden Bürgerinnen und Bürger zumutbar ist. Wir streben an, die vorhandenen hochwertigen Deponiekapazitäten im Freistaat über das Jahr 2005 hinaus zu nutzen. Innovativen Abfalltechnologien und -konzeptionen stehen wir aufgeschlossen gegenüber. Wir begrüßen, dass die CDU ihren jahrelangen Widerstand aufgegeben hat und sich unserer Auffassung anzuschließen beginnt, die im Freistaat vorhandenen, mit großem Kostenaufwand errichteten Deponien auch über das Jahr 2005 hinaus zu nutzen, um eine Kostenexplosion der Müllgebühren zu vermeiden.

Wir brauchen in Thüringen flächendeckend leistungsfähige kommunale Zweckverbände, die ein fortschrittliches

abfallwirtschaftliches Konzept einer SPD-geführten Landesregierung zusammen mit dieser zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger umsetzen - ökologisch sinnvoll und im Hinblick auf die Belastung der Bürgerinnen und Bürger sparsam.

Ziele der Sanierung von Altlasten sind für uns der Gesundheitsschutz und der dauerhafte Ressourcenschutz. Schwerpunkte der Altlastensanierung in Thüringen bleiben die Bergbauregionen sowie einst militärisch genutzte Flächen und Industriebrachen. Die Sanierung wollen wir schnell voranbringen. Bereits in dieser Legislaturperiode hat die SPD gezeigt, dass sie besonders verantwortungsbewußt mit dem Thema Altlastensanierung umgeht.

Wir fördern den Einsatz neuer Technologien. Neue Technologien sind eine wichtige Voraussetzung für die Verringerung des Rohstoff- und Energieeinsatzes mit verminderter Schadstoffentstehung. Wir wollen auch die Nutzung und Verarbeitung von nachwachsenden Rohstoffen unterstützen. Diese können in ländlichen Regionen in Verbindung mit modernsten Technologien zu einer unabhängigen dezentralen Energieversorgung beitragen.

Raumordnungs- und Landesplanungsrecht wollen wir stärker als bisher zur Schaffung einer nachhaltigen Siedlungs-, Gewerbe- und Infrastruktur und somit zur Lösung von Nutzungskonflikten im

Interesse der ökologischen Nachhaltigkeit einsetzen. Die Raumordnung und Landesplanung muß als wichtige Form der umweltverträglichen Daseinsvorsorge und wegen ihrer überragenden Bedeutung für die Landwirtschaft stärker in die Zuständigkeit des Umwelt- und Landwirtschaftsministeriums eingebunden werden.

Der Zersiedlung im ländlichen Raum muß künftig durch Abrundungssatzungen, Sanierung und Wiederbesiedlung von innerörtlichen Siedlungsflächen und einer auf diese Ziele ausgerichteten Bauförderung vorrangig begegnet werden.

Mit Hilfe hoheitlicher Instrumente der Landesplanung, der Regionalplanung sowie des Bodenschutzes müssen dauerhafter Entzug landwirtschaftlicher Nutzflächen und Eingriffe in Schutzgebiete auf ein Minimum beschränkt werden.

Die Senkung des Primärenergieverbrauches, rationeller Energieeinsatz, Energiesparmaßnahmen und die Förderung regenerativer Energiequellen zum Schutz der Erdatmosphäre und anderer natürlicher Ressourcen haben Vorrang in unserer Energiepolitik. Dazu ist eine fachkundige Energieberatung unumgänglich. Deshalb sollen dezentrale Energieumwandlungen mit hohem Wirkungsgrad und die gekoppelte Gewinnung von Strom und Wärme in den Stadtwerken Thüringens in Zukunft stärker gefördert werden.



Die energierechtlichen Rahmenbedingungen müssen mit dem Ziel der wirtschaftlichen Stabilisierung der Stadtwerke gestaltet werden. Wir halten die Einführung ökologisch wirksamer Elemente in das deutsche Steuersystem, insbesondere zur Senkung des Primärenergieverbrauches, für unumgänglich.

7. Tourismus

Thüringen verfügt mit seiner Vielfalt an reizvollen Landschaften, Kulturdenkmälern, Museen, Erlebnis- und Sportstätten, aber auch einem breiten Angebot in Hotellerie und Gastronomie über ein bedeutendes touristisches Potential. Unser Freistaat muß zukünftig noch wirkungsvoller touristisch vernetzt und vermarktet werden. Zur Schaffung neuer Arbeitsplätze wollen wir mit dem geziel-



ten Ausbau der touristischen Infrastruktur die Attraktivität Thüringens als Urlaubsland weiter steigern. Dabei sollte sich die Förderung dieser Infrastruktur stärker als bisher an den besonderen Chancen und Potentialen Thüringens im nationalen und internationalen Markt ausrichten.

Eine stärkere Vernetzung der Bereiche Infrastrukturförderung und Tourismusmarketing soll über die Bildung von Schwerpunktthemen zu einer effizienteren Positionierung Thüringens am Tourismusmarkt führen.

Trends und Richtungen des Urlaubsverhaltens werden durch gezielte Marktforschung frühzeitig erhoben und finden ihren Niederschlag in der Förderpolitik. Spezifische Stärken der Thüringer Reisegebiete sollten besonders herausgearbeitet und hervorgehoben werden, darüber hinaus aber auch regionsübergreifende Angebote erstellt werden.

Besonders wichtig ist hierbei die stärkere Vermarktung der Tourismusanbieter untereinander, um dem Gast die Möglichkeit der Kombination verschiedener Angebote zu erschließen und so zur weiteren Attraktivitätssteigerung der Thüringer Tourismuslandschaft beizutragen. Eine klare Aufgabenzuordnung an lokale, regionale und landesweite Organisationen ermöglicht einen gezielteren Mitteleinsatz und die Ausrichtung auf eine gemeinsame Zielstellung bei getrennten Aufgaben. In Zusammenarbeit mit örtlichen und regionalen Leistungsträgern sollen so Angebote u. a. in den Bereichen Natur, Kultur, Freizeit und Sport entstehen und miteinander verknüpft werden.

8. Bildung und Wissenschaft

Durch den Weg in die Informations- und Wissensgesellschaft ist die Bedeutung von Bildung in den letzten Jahren deutlich gewachsen. Bildung muss daher für das Land auch in Zukunft hohe Priorität haben. Dabei darf Bildung nicht zum Privileg einzelner werden, sondern allen muss, unabhängig von Herkunft, sozialer Stellung und individuellen Fähigkeiten, Zugang zum Erwerb von Bildung gewährleistet werden. Dazu sichern wir

breitere Mitbestimmung für alle an der Schule Beteiligten.

Wir Thüringer Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten stehen für eine leistungsfähige und zukunftsorientierte Schule, die für alle Thüringer Schülerinnen und Schüler Chancengleichheit gewährleistet. Wir stellen uns der Herausforderung, die Qualität von Bildung und Erziehung in der Schule weiterzuentwickeln. Unsere Schwerpunkte für die weitere Schulentwicklung sind längeres gemeinsames Lernen, Eigenständigkeit und Profilierung der Schulen, Öffnung zum Umfeld und zur Arbeitswelt sowie eine Befähigung zum lebenslangen Lernen. Der Entwicklung und Förderung von Interessen und Begabungen messen wir in allen Schularten zunehmenden Wert bei. Technische und wirtschaftliche Bildung muß obligatorischer und durchgängiger Bestandteil aller Schulen werden.

Wir setzen uns für die Einführung eines Bildungsfreistellungsgesetzes in Thüringen ein. Wir fördern die Chancengleichheit von Mädchen und Jungen in der Schule.

Um diese Ziele zu erreichen, ist es notwendig, den Unterricht kompetenzorientiert und zukunftsorientiert durch motivierte Lehrerinnen und Lehrer zu gestalten. Gleichzeitig stellen wir eine hohe Durchlässigkeit zwischen den Schularten sicher. Die Thüringer SPD

befürwortet im Bereich der Klassen 5 und 6 den Ausbau der Orientierungsphase zur schulformübergreifenden Orientierungsstufe. Schon in der Grundschule werden wir den Kindern mindestens eine altersgerecht vermittelte Fremdsprache als Fach anbieten.

Die Überwindung der Trennung zwischen Realschulklassen und Hauptschulklassen soll gefördert werden. Alle Schüler an Gymnasien sollen einen anerkannten mittleren Bildungsabschluß erwerben. Eine zukunftsweisende informationstechnische Grundlagenbildung und Medienerziehung werden wir von Klasse 5 an sichern. Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf sollen optimale pädagogische Zuwendung und Integration erfahren. Längerfristigen Unterrichtsausfall an den allgemein bildenden Schulen werden wir nachhaltig bekämpfen.

In enger Abstimmung mit der kommunalen Ebene werden wir ein Sonderprogramm auf den Weg bringen, das ausschließlich der Sanierung von Schulen in Thüringen dient. Damit schaffen wir die Voraussetzungen, dass sich die Schule zu einem Lern- und Lebensraum für Kinder und Jugendliche entwickeln kann. Wir werden dafür Sorge tragen, dass allen Kindern alle Schulabschlüsse in zumutbarer Entfernung angeboten werden. Vor allem für Grundschulkinder gilt für uns das Prinzip: "Kurze Beine - kur-

ze Wege". Ganztagsangebote für Schüler der Sekundarstufe werden erweitert.

Die Gleichwertigkeit beruflicher und allgemeiner Bildung ist als wichtiger Beitrag für mehr Chancengleichheit und zur Verbesserung der Attraktivität der beruflichen Bildung verstärkt in der Praxis umzusetzen. Die Notwendigkeit zum lebenslangen Lernen und zur ständigen Qualifizierung erfordert eine verstärkte Zuwendung zur Erwachsenenbildung.

Arbeitsplätze werden wir konsequent fördern. In Ostthüringen wird eine neue Fachhochschule gegründet.

Hochschulen sind wissenschaftliche, technologische und kulturelle Zentren ihrer Region. Wir werden die Thüringer Hochschulen als innovative Zukunftswerkstätten, als praxisorientierte Dienstleistungszentren und als Orte der Demokratie weiterentwickeln. Wir treten daher für eine Stärkung der Autonomie und Eigenverantwortung der Hochschulen im Hinblick auf ihre personellen und finanziellen Kompetenzen ein. Dabei ist die Mitwirkung studentischer und akademischer Kreise an Entscheidungsprozessen sicherzustellen.

Ein wichtiges Instrument ist die Flexibilisierung und Globalisierung der Finanzhaushalte.

Wir werden uns für ein bundesweites Verbot von Studiengebühren an staatlichen Hochschulen einsetzen. Studiengebühren dürfen auch nicht indirekt über Verwaltungs- und Prüfungsgebühren erhoben werden.

Bei der Schaffung weiterer Wohnheimplätze werden wir uns besonders auf bisher unterversorgte Hochschulstandorte konzentrieren.

Die Forschung ist eine unverzichtbare Basis für die Schaffung stabiler und zukunftsorientierter Arbeitsplätze. Gemeinsam mit den Thüringer Hochschulen, den Forschungseinrichtungen und der



Die Hochschulen und Forschungseinrichtungen im Freistaat bilden eine entscheidende Grundlage für die weitere wirtschaftliche, soziale und ökologische Entwicklung Thüringens. Wir wollen die Weiterentwicklung und inhaltliche Profilierung von Lehre und Forschung sowie die weitere Verzahnung mit der Wirtschaft. Daraus resultierende Möglichkeiten für die Schaffung neuer

Thüringer Wirtschaft wollen wir den Freistaat in die Spitzengruppe der deutschen Forschungsstandorte führen. Die Zukunft Thüringens als Technologieland hängt wesentlich davon ab, dass die Investitionen in die universitäre, universitätsnahe, industrielle- und industrienahere Forschung zukünftig erhöht werden. Eine wesentliche Verbesserung der Forschungspolitik in Thüringen wollen wir dadurch erreichen, dass die bisherigen Zuständigkeiten im Bereich des Wissenschaftsministeriums (Forschung an Hochschulen, Landesinstituten und wirtschaftsnahe Forschung) und dem Wirtschaftsministerium (Forschungsförderung in der Wirtschaft) künftig im Wissenschaftsministerium zusammengefaßt werden. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen durch eine Forschungsförderung aus einem Guß, also mit ungeteilter politischer Verantwortung, noch bessere Synergieeffekte erreichen.

9. Kultur und Medien

Thüringen ist ein traditionsreiches Kulturland. Kultur ist für uns Sozialdemokraten ein unverzichtbarer Bestandteil des Lebens. Sie hat auch eine unmittelbare soziale Funktion. Wir wollen daher allen Bürgerinnen und Bürgern eine gleichberechtigte Teilha-

be am kulturellen Leben ermöglichen. Die Förderung von Kultur ist uns eine verpflichtende Aufgabe. Wir werden weiterhin unseren finanziellen Beitrag für den Erhalt eines vielfältigen kulturellen Angebotes leisten und die Vielfalt und Bewahrung der Kultur ebenso wie inhaltliche und strukturelle Erneuerungen in der Kulturlandschaft weiter unterstützen. Dabei streben wir nach einem ausgewogenen Verhältnis zwischen allen Kulturbereichen und wollen eine "Stiftung Breitenkultur" schrittweise einrichten. Wir fördern Theater und Orchester, die Breitenkultur, die Vereinsarbeit auf allen Ebenen und den Erhalt unserer Kultur- und Kunstschatze. Die unmoralischen und unberechtigten Ansprüche der Nachkommen ehemaliger Fürstenthäuser in Thüringen lehnen wir entschieden ab. Für die Gäste und die Touristen, die unser Land besuchen, ist die Kultur unverzichtbar. Kultur ist damit eine wichtige Voraussetzung für die Entwicklung des Tourismus und somit auch für die Schaffung und den Erhalt von Arbeitsplätzen.

Das kulturelle Klima und die Wertebildung einer Gesellschaft werden in entscheidendem Maße von den Medien geprägt. Wir wollen die Rahmenbedingungen dafür sichern, dass die rasante Entwicklung der Medien dem wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Fortschritt des Freistaats dient. Dabei ist



der Ausbau einer leistungsfähigen Medien- und Telekommunikations-Infrastruktur eine zentrale Aufgabe für die Zukunftsfähigkeit Thüringens. Wir stützen auch weiterhin im dualen System von Hörfunk und Fernsehen die Priorität der öffentlich-rechtlichen Programme mit ihrem Grundversorgungsanspruch. Wir wollen den MDR-Staatsvertrag novellieren.

Bibliotheken müssen vermehrt mit einem Internet-Anschluß versehen, Schulen verstärkt an Multimedia-Netze angeschlossen werden. Der Umgang mit den neuen Medien, wie auch der mit ihren Risiken, muss im Unterricht Berücksichtigung finden. Die Kinder und Jugendlichen müssen Medienkompetenz erwerben können. Auch Erwachsenen muß der Zugang zu den neuen Informations- und Kommunikationstechnologien erleichtert werden. Diese Anliegen sollen durch eine "Stiftung

Medienkompetenz" gefördert werden. Wir werden zu Beginn der 3. Legislaturperiode eine Novellierung des Thüringer Rundfunkgesetzes (TRG) zur Stärkung des Nichtkommerziellen Lokalfunks (NKL) durchsetzen.

10. Inneres

10.1 Innere Sicherheit

Die Bürgerinnen und Bürger in unserem Lande haben einen berechtigten Anspruch darauf, dass ihre Sorgen um ihre persönliche Sicherheit ernst genommen werden. Sicherheit gehört zu den wichtigsten Grundbedürfnissen der Menschen und ist wesentlicher Bestandteil ihrer Lebensqualität.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nehmen das Sicherheitsbedürfnis der Menschen ernst. Die SPD Thüringen wird mit allen politischen und rechtsstaatlichen Mitteln energisch und konsequent gegen Kriminalität vorgehen. Wir wissen, dass die Bürgerinnen und Bürger ein wirksames und schnelles polizeiliches Handeln erwarten.

Nur ein starker Staat ist in der Lage, erfolgreich gegen Kriminalität und Gewalt einzuschreiten. So entschlossen, wie wir gegen einzelne Straftäter vorgehen, werden wir aber auch die Ursachen

von Kriminalität bekämpfen. Wir sind der Überzeugung, dass auf Dauer nur soziale Sicherheit verbunden mit modernen Präventionsansätzen Kriminalität verhüten kann.

Einen Sparkurs auf Kosten der inneren Sicherheit lehnen wir ab. Wir erteilen der Privatisierung hoheitlicher Aufgaben bei der inneren Sicherheit eine klare Absage. Es bedarf der Wahrung des staatlichen Gewaltmonopols. Sicherheit darf nicht zum Privileg der Reichen werden, die sich private Sicherheitsdienste leisten können. Den Einsatz von freiwilligen Polizeihelfern lehnen wir ab. Die Gewährleistung der inneren Sicherheit gehört in die professionellen Hände der Polizei.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben in den letzten Jahren vieles zur Verbesserung der Sicherheit in unserem Lande bewirkt. Mit der Übernahme der Verantwortung der SPD im Innenressort wurde eine moderne Polizei mit Bürgernähe aufgebaut. Wir haben erfolgreiche Maßnahmen ergriffen, um Gewalt und Kriminalität zurückzudrängen. Die Aufklärungsquote von Straftaten ist kontinuierlich gestiegen. Sie betrug 1998 58,2 % und stieg damit gegenüber 1997 um 3,3 %-Punkte. Thüringen steht mit dieser Aufklärungsquote bundesweit an zweiter Stelle. Dies ist ein Erfolg unserer Polizei. Mit unserer Innenpolitik haben wir die Grundla-

gen für diesen Erfolg geschaffen.

Wir haben die Voraussetzungen für eine hoch motivierte, gut ausgerüstete und professionell arbeitende Polizei geschaffen. Durch eine Polizeistrukturereform wurde es der Polizei ermöglicht, auf der Straße präsent und damit dort tätig zu sein, wo man sie braucht. Zur Gewährleistung der inneren Sicherheit wurde die Polizei mit einem entsprechenden Personalbestand ausgestattet. So wurden seit 1994 ca. 700 Anwärtinnen und Anwärter im Dienste der Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger neu eingestellt. Weitere Schritte hin zu mehr Sicherheit werden folgen: Wir wollen diese Zahl erhöhen. In den nächsten Jahren werden wir ca. 300 weitere Anwärtinnen und Anwärter einstellen.

Mit dem vom Innenminister vorgelegten Personalentwicklungskonzept (PEK), das unter anderem die Erhöhung der Polizeidichte sowie eine deutliche Steigerung der Laufbahnanteile für den Bereich des gehobenen Dienstes vorsieht, sollen in den nächsten Jahren die Rahmenbedingungen für die Polizeibeamtinnen und -beamten weiter verbessert werden.

Seit 1994 ist die Polizei für den Bürger auch sichtbarer geworden. Die Fußstreifen in den Städten wurden wesentlich verstärkt. In einigen Thüringer Städten sind Polizeibeamte mit dem Fahrrad mobil und so bürgernah auf Streife. Mit

der Einsetzung von bislang über 150 Kontaktbereichsbeamten wurde ein System polizeilicher Nähe geschaffen, das von den Bürgerinnen und Bürgern im Lande geschätzt wird. Die Kontaktbereichsbeamten verstärken die normale Polizeipräsenz und suchen intensiv den Kontakt zu den Bürgern. Wir wollen, dass dieses System bis Ende 1999 flächendeckend vorhanden ist und insgesamt ca. 300 Kontaktbereichsbeamte als ständige Ansprechpartner für die Bürgerinnen und Bürger zur Verfügung stehen.

Die Polizei ist und soll auch Ansprechpartner für die "kleinen Sorgen" der Bürgerinnen und Bürger bleiben, auch wenn sie kein Anlaß für ein polizeiliches Einschreiten sind. Die Bürgerinnen und Bürger können der Polizei in Thüringen vertrauen.

Die Bekämpfung und Verhütung der Kriminalität ist eine Aufgabe der gesamten Gesellschaft. Die Kriminalprävention vor Ort ist vor allem kommunale Aufgabe. Wir unterstützen daher die Einrichtung der Kriminalpräventiven Räte, in denen kommunale Verantwortungsträger und Polizei zusammen mit Bürgerinnen und Bürgern nach Lösungen suchen, Kriminalität schon im Vorfeld zu verhindern. Die erfolg- und chancenreiche Arbeit der Kriminalpräventiven Räte wollen wir weiter ausbauen und stärken.

In jeder kreisfreien Stadt, Kreisstadt und in jeder großen kreisangehörigen

Stadt streben wir die Bildung eines Kriminalpräventiven Rates an. Kommunale Jugend- und Bürgertreffpunkte sowie die Unterstützung der Vereinsarbeit sind wirksame Mittel der Präventionsarbeit. Besonderes Augenmerk muß darauf gerichtet werden, dass Kindern und Jugendlichen genügend und geeignete Freizeiteinrichtungen zur Verfügung stehen. Schwerpunkt müssen die Neubzw. Plattenbausiedlungen sein. Wir werden die Kommunen hierbei sowohl finanziell als auch fachlich unterstützen. Es gibt keinen wirksameren Schutz gegen Kriminalität und Gewalt als ein funktionierendes gesellschaftliches Leben in Vereinen, Verbänden, Jugend- und Freizeitzentren.

Die verschiedenen Formen von Kriminalität müssen gezielt an der Wurzel gepackt werden. Unsere besondere Sorge gilt der Kinder- und Jugendkriminalität. Zunehmende Gewaltbereitschaft auch schon unter Kindern und sinkende Hemmschwellen, Roheitsdelikte zu begehen, werfen einen tiefen Schatten auf die Gesellschaft und ihre Zukunft. Junge Menschen brauchen eine klare Zukunftsperspektive und Möglichkeiten eigenverantwortlicher Mitwirkung am gesellschaftlichen Leben. Eine sozial gerechte Arbeitsmarktpolitik und eine gute Sozialpolitik ist die Vorbeugung gegen Straftaten von Kindern und Jugendlichen. In erster Linie wollen wir

daher Ausbildungs- und Arbeitsplätze sowie Perspektiven und Möglichkeiten eigenverantwortlicher Mitwirkung am gesellschaftlichen und politischen Leben für Jugendliche schaffen. Wir haben für Kinder und Jugendliche Projekte der Gewaltprävention gefördert. Diesen Weg werden wir konsequent fortsetzen.

Die Organisierte Kriminalität bedeutet für den Rechtsstaat und damit auch für Thüringen eine neue Form der Bedrohung. Organisierte Kriminalität ist durch eine enorme Gewaltbereitschaft und rücksichtsloses Gewinnstreben gekennzeichnet. Wir werden auch hier den eingeschlagenen Weg fortsetzen und die Organisierte Kriminalität konsequent bekämpfen. Hierzu gehört auch weiterhin der konsequente Einsatz von ereignis- und verdachtsunabhängigen Kontrollen, die auf Initiative des Innenministers erstmals in einem neuen Bundesland gesetzlich verankert wurden. Die Erfolge bei der Durchführung dieser Kontrollen zeigen, dass hier ein geeignetes und wirksames Mittel zur Bekämpfung der Organisierten Kriminalität im Freistaat gefunden wurde. Darüber hinaus ist aber auch eine länder- und staatsübergreifende Zusammenarbeit unerlässlich. Wir wollen der Organisierten Kriminalität die wirtschaftliche Attraktivität entziehen und ihr die Verbrechensgewinne nehmen. Es müssen alle rechtlichen Möglichkeiten zur Einzie-



hung kriminell erworbenen Vermögens verfolgt werden.

Wir werden jede Form von Extremismus in unserem Land auch künftig nicht dulden und mit Nachdruck bekämpfen. Extremismus stellt eine ernsthafte Gefährdung unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung dar. Im Bewußtsein der Bedeutung der Bekämpfung des politischen Extremismus auch in Thüringen hat das sozialdemokratisch geführte Innenministerium die "Zentraleinheit zur Bekämpfung des politischen Extremismus" (ZEX) eingerichtet. Die ZEX sammelt und bewertet als zentrale Einrichtung für alle Sicherheitsbehörden des Landes Informationen aus dem Extremismusbereich und koordiniert die notwendigen polizeilichen Maßnahmen. Unabdingbar ist für uns der Verfassungsschutz. Er ist ein Instrument gegen die Versuche von Extremisten, unsere demokratische Ordnung abzuschaffen.

10.2 Brand- und Katastrophenschutz; Rettungsdienste

Die Thüringer SPD setzt sich für die Unterstützung der Feuerwehren, des Rettungsdienstes und des Katastrophenschutzes ein.

Die Angehörigen der Feuerwehr leisten seit Jahr und Tag im Freistaat zuverlässig und hoch motiviert ihren ehrenamtlichen Dienst. Deshalb gewährleisten sie die stabile Grundlage des Brandschutzes überhaupt.

Wir veranschlagen den Wert jeder örtlichen Feuerwehr auch deshalb so hoch, weil die Identifikation der Kameradinnen und Kameraden mit den Belangen der eigenen Gemeinde bewirkt, dass sie bereit sind, immer wieder ihre Freizeit zu opfern und oft auch bei gefährvollen Einsätzen Leben und Gesundheit unserer Bürgerinnen und Bürger zu schützen.

Die SPD Thüringen will den erfolgreichen Aufbau der Feuerwehren, des Rettungsdienstes und des Katastrophenschutzes auf dem hohen Niveau der letzten Jahre fortsetzen und dafür sorgen, dass die notwendige moderne Technik zur Verfügung steht. Dem flächendeckenden Ausbau der Feuerwehrstandorte gilt unsere besondere Aufmerksamkeit. Wir wollen noch bessere

Bedingungen für das kontinuierliche Üben sowie die notwendige Qualifizierung an der modernsten Feuerwehrentechnik schaffen.

Das Ehrenamt der in diesem Bereich Tätigen werden wir mit dem Ehrenamtsgesetz stärken und dieses mit finanziellen Mitteln ausgestalten.

10.3 Asylpolitik / Ausländerpolitik

Der sensible Umgang mit diesem Thema liegt nicht nur im Interesse der Bevölkerung im Freistaat. Das verfassungsmäßig garantierte Asylrecht und die Genfer Flüchtlingskonvention sind die wesentlichsten Maßstäbe für die Ausländer- und Flüchtlingspolitik aller Bundesländer. Eine Asyl- und Ausländerpolitik, die auch die Situation der deutschen Wohnbevölkerung ernst nimmt, ist Garant für ein friedliches Miteinander. Durch das von uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten gegen den Widerstand der CDU durchgesetzte Thüringer Flüchtlingsaufnahmegesetz werden künftig Großunterkünfte in Thüringen vermieden. Die Flüchtlinge werden nun proportional zur Bevölkerung auf die Landkreise verteilt. Die Möglichkeit der Einzelunterbringung vor allem von ausländischen Familien, die sich länger im Land aufhalten, ist ein Beitrag zur Integration.

Ausländer, die Straftaten in der Bundesrepublik begangen haben und deshalb ihr Aufenthaltsrecht nach den Bestimmungen des Ausländergesetzes verwirkt haben, sind konsequent abzuschieben.

11. Justiz

Der nach der Deutschen Einheit notwendige Neuaufbau der Justiz in Thüringen ist unter sozialdemokratischer Verantwortung durch Schaffung des Thüringer Verfassungsgerichtshofs vollendet worden. Thüringen verfügt über eine funktionierende rechtsstaatliche Justiz; wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten werden - gemeinsam mit der Bundesregierung - weitere Maßnahmen ergreifen, um die Arbeit der Justiz zu verbessern. Über die bereits in unserem Freistaat ergriffenen Maßnahmen hinaus sind mehr Transparenz, Vereinfachung und Bürgernähe erforderlich. Wir wollen dem Bürger zügig und umfassend zu seinem Recht verhelfen. Dazu werden wir auf unserem Weg fortfahren, die Funktionstüchtigkeit der Justizbehörden im Interesse der Bürger zu steigern.

Wir unterstützen die von der Bundesregierung vorgeschlagenen Maßnahmen zur Justizreform und werden die dazu in Thüringen erforderlichen Schritte so zeit-

nah wie möglich in Angriff nehmen. Wirtschaftskriminalität, Organisierte Kriminalität, Korruption, Sexual- und Gewaltdelikte gegen Frauen und Kinder müssen mit allen Mitteln der Strafverfolgung effektiv bekämpft werden. Die zu diesem Zwecke geschaffenen Schwerpunktstaatsanwaltschaften und Sonderdezernate in Thüringen werden fortgeführt und - wo es notwendig ist -



gestärkt. Das vom Justizministerium begonnene Programm gegen Extremismus und Fremdenfeindlichkeit wird mit internationaler Beteiligung fortgesetzt. Große Bedeutung hat für uns der Umgang mit den Belangen der Opfer. Wir werden - gemeinsam mit der Bundesregierung - den Opferschutz auf allen Ebenen weiter ausbauen. Wir haben in Thüringen den Täter-Opfer-Ausgleich bereits mit guten Erfolgen auf den Bereich der erwachsenen Straftäter ausgedehnt.

Die Möglichkeiten des Zeugenschutzes (z. B. Zeugenschutz-Räume, Einsatz von Video-Technik) werden bereits genutzt; sie sollen erweitert werden.

Die sogenannte Klein- oder Bagatellkriminalität darf nicht verharmlost werden. Sie ist sinnvoll durch angemessene Maßnahmen zu verfolgen. Die in Thüringen begonnene konsequente Durchführung beschleunigter Verfahren wird flächendeckend und mit allen rechtsstaatlichen Mitteln fortgesetzt. Strafverfahren dürfen nicht zu lange dauern; die Strafe muss auf dem Fuße folgen, um eine abschreckende Wirkung zu erzielen.

Die unter sozialdemokratischer Verantwortung initiierte Reform des Insolvenzrechts wird nach Inkrafttreten des Gesetzes am 01.01.1999 auf allen Ebenen, insbesondere im Bereich der privaten Schuldenregulierung, weiter gefördert. Die Nutzung der Verbraucher-Insolvenz dient dem redlichen Bürger gegen soziale Ausgrenzung. Wir unterstützen die Initiativen der Bundesregierung zur Verbesserung der Zahlungsmoral mit dem Ziel der Stabilisierung der klein- und mittelständischen Unternehmen, insbesondere des Handwerks.

Der Strafvollzug dient der Sicherung des Bürgers vor weiteren Straftaten und verfolgt das Ziel, den Straftäter zu resozialisieren. In Anbetracht steigender Gefangenzahlen haben wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten dafür

Sorge getragen, dass in Thüringen zwei neue Justizvollzugsanstalten gebaut werden. Ein hoher Sicherheitsstandard unserer Gefängnisse, eine ausreichende Anzahl und eine gute Ausbildung unserer Beamten im Strafvollzug sind für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten zwingend. Der Vollzug muss als Strafe empfunden werden; gleichzeitig müssen aber Möglichkeiten zur Vorbereitung auf die Wiedereingliederung des Verurteilten in die Gesellschaft, z. B. durch Ausbildungs- und Fortbildungsmaßnahmen, angeboten werden.

Von der Möglichkeit der Strafaussetzung muss auch weiterhin vorsichtig und erst nach eingehender Prüfung Gebrauch gemacht werden; Sexualstraftäter sind einer sozialtherapeutischen und ggf. auch medizinischen Behandlung zu unterziehen.

Ziel unserer Drogenpolitik ist es, Suchtkranke nicht länger zu kriminalisieren und auszugrenzen. Deshalb werden wir die bestehende Rechtspraxis transparent gestalten. Akzeptierende und niederschwellige Hilfsangebote werden wir erweitern und finanziell entsprechend ausstatten.

Für junge Straftäter wird in Thüringen eine Jugendarrestanstalt noch in diesem Jahr eingerichtet, um diesem Täterkreis für den Fall der Wiederholung von schwerwiegendem Fehlverhalten die bestehenden Verbote durch kurzzeitige Inhaftierung zu verdeutlichen.

Wir Sozialdemokraten setzen uns in Thüringen für mehr Bürgerbeteiligung in allen Bereichen - insbesondere auch in der Gesetzgebung - ein.

Deshalb werden wir die Quoren für das Zustandekommen von Volksbegehren auf Landesebene bzw. Bürgerbegehren deutlich senken.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen jungen Menschen ermöglichen, sich in stärkerem Maße aktiv an politischen Entscheidungsprozessen zu beteiligen. Deshalb werden wir das Wahlalter für das aktive Wahlrecht bei den Thüringer Kommunalwahlen auf 16 Jahre senken.

12. Kommunale Selbstverwaltung

Leistungsfähige Kommunen sind das Rückgrat für ein starkes Thüringen.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten betrachten die verfassungsrechtlich garantierte kommunale Selbstverwaltung als wichtigste Voraussetzung für bürgernahes Handeln der Kommunen. Unser Ziel ist es, die kommunale Selbstverwaltung zu stärken.

Die Gemeinden, Städte und Landkreise haben, nachdem sie ihre Selbstverwaltung wiedererlangt haben, einen enormen Beitrag in der Aufbauarbeit unseres

Landes geleistet. Die Leistungskraft unserer Kommunen liegt jedoch weit hinter der vergleichbarer westdeutscher Gebietskörperschaften zurück. Unsere Kommunen müssen eine Finanzausstattung erhalten, die ihrem Selbstverwaltungsrecht und ihren tragenden Aufgaben im gesamtgesellschaftlichen Verbund Bund-Land-Kommune entspricht.

Deshalb haben wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in Thüringen dafür gesorgt, dass dem kommunalen Finanzausgleich in den vergangenen Jahren ein hoher Stellenwert eingeräumt wurde. Für das Haushaltsjahr 1999 haben wir dem Koalitionspartner in harten Verhandlungen eine zusätzliche Investitionspauschale in Höhe von 86 Mio. DM für die Kommunen abgerungen. Durch die einzelfallbezogene Gewährung von Bedarfszuweisungen konnten wir die Investitionstätigkeit der kommunalen Gebietskörperschaften zusätzlich positiv beeinflussen. Diese Bemühungen werden wir auch unter schwierigen Bedingungen fortsetzen. Künftig wollen wir die Investitionskraft der Kommunen durch vermehrte pauschale Zuweisungen verbessern. Stärkt man die Investitionskraft der Kommunen, so fördert man insbesondere die wirtschaftliche Entwicklung mittelständischer thüringischer Betriebe. Damit schafft man neue Arbeitsplätze und sichert die alten. Mit einer Novelle der Kommunalord-



nung wollen wir die derzeitigen Quoren für Bürgerbefragung und Bürgerentscheid nachhaltig absenken. Innerhalb der Kommunen wollen wir die Informations-, Mitwirkungs- und Beteiligungsrechte der Gemeindeglieder stärken. Gemeinderat bzw. Kreistag müssen einen größeren Einfluß auf das Verwaltungshandeln der Bürgermeister oder Landräte bekommen. Den Gemeinden sollen im Haushalts- und Organisationsrecht größere Gestaltungsmöglichkeiten eingeräumt werden. Deshalb wollen wir die Experimentierklausel einführen. Unzeitgemäße Beschränkungen bei der kommunalwirtschaftlichen Betätigung der Gemeinden werden wir abbauen.

Im Bereich der Kommunalabgaben ist es Ziel sozialdemokratischer Politik, die Gebühren und Beiträge der Bürgerinnen und Bürger sozialverträglich zu gestalten und perspektivisch zu senken. Wir haben bereits in der jetzigen Legislaturperiode

in dem Wasser-Abwasser-Bereich gegen den Widerstand der CDU eine notwendige Kurskorrektur erreicht.

Wir haben begonnen, die Wasser-Abwasserverbände von Grund auf zu konsolidieren, um die Voraussetzung für bezahlbare Gebühren und Beiträge zu schaffen. Durch die Änderung des Kommunalabgabengesetzes haben wir mehr Transparenz, Bürgernähe und Sozialverträglichkeit bei den Kommunalabgaben erreicht. Mit speziellen Förderprogrammen, die sich gebührensenkend oder beitragsmindernd auswirken, wurde dafür gesorgt, dass sich die Abgaben im Wasser-Abwasser-Bereich in der Konsolidierungsphase der Zweckverbände im sozialverträglichen Rahmen halten. Wir haben erreicht, dass 250 Mio. DM dafür eingesetzt wurden, dass die Beitragszahler ihre Beiträge in fünf Jahresraten zinslos abbezahlen können. Damit entlasten wir nicht nur den Bürger, sondern auch Industrie und Handwerk. Es gibt kein Bundesland unter den neuen Ländern, das in gleicher Größenordnung öffentliche Mittel für Investitionen und Hilfsprogramme im Wasser-Abwasser-Bereich eingesetzt hat.

Künftig wollen wir unsere Bemühungen ausweiten, um die Konsolidierungsphase der Verbände zu beschleunigen und die Belastungen für die Bürgerinnen und Bürger weiter zu senken. Wir wollen das gebührenreduzierende Programm wei-

ter ausbauen. Die hierfür bereitgestellte Summe werden wir erhöhen. Das beitragsenkende Programm, durch das Investitionsmaßnahmen der ersten Jahre nach der Wende in den Zweckverbänden nachgefördert werden, wollen wir ausweiten.

Eine weitere Belastung der Bürgerinnen und Bürger durch Gebühren wollen wir auch dadurch verhindern, dass wir im Rahmen eines flächendeckenden Konzeptes eine größere Leistungsfähigkeit der Aufgabenträger im Bereich der Wasserversorgung und Abwasserentsorgung sichern.

13. Modernisierung der Verwaltung

Die Verwaltung ist für den Bürger da, nicht umgekehrt. Die Bürgerinnen und Bürger in Thüringen erwarten zu Recht eine Verwaltung, die schnell, unbürokratisch und flexibel als Dienstleister arbeitet.

Die Modernisierung der Verwaltung wird für die SPD Thüringen in den kommenden Jahren eine ständige Aufgabe sein. Wir werden dafür sorgen, dass insbesondere Bürgernähe die Zielvorgabe für eine moderne öffentliche Verwaltung in Thüringen ist. Die Verwaltung in Thüringen soll qualitäts- und kostenbewußte

Dienstleistung sein: innovativ, leistungsstark und zukunftsfähig. Um das zu erreichen, werden wir die Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit erhöhen, die Kundenorientierung verbessern und die Mittel des technischen und kommunikativen Fortschritts konsequent nutzen.

Überall dort, wo es sinnvoll ist, werden verstärkt betriebswirtschaftliche Instrumente und Methoden eingesetzt. Zur modernen Verwaltung gehören neue Führungs- und Managementmethoden. Wir wollen insgesamt einen kooperativen Ansatz, bei dem die verantwortliche Gestaltung des Prozesses vor Ort unter umfassender Beteiligung der Mitarbeiterin-



nen und Mitarbeiter stattfindet. Eine Verwaltungsreform kann nur unter Einbindung der Beschäftigten sowie deren Vertretungen und Gewerkschaften gelingen.

Auf dem Weg zu mehr Bürgernähe wollen wir darüber hinaus Verwaltungsab-

läufe straffen und Genehmigungsverfahren beschleunigen. Rechts- und Verwaltungsvorschriften werden wir von unnötigem Ballast befreien.

14. Finanzen

Schwierige wirtschaftliche Zeiten brauchen verlässliche Finanzen. Die Bürgerinnen und Bürger können sicher sein: Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten können mit Geld gut umgehen. Wir stehen für sparsamen und vernünftigen Umgang mit öffentlichen Mitteln, für eine solide Finanzpolitik. Vor allem stellen wir uns der Herausforderung, durch Investitionen von heute die Zukunft der nächsten Generation zu sichern. Wir wollen die Entwicklung des Freistaats zu einem leistungsfähigen Gemeinwesen vorantreiben, und zwar ohne eine unverantwortlich hohe Verschuldung.



Die Ausgabenentwicklung hat sich in der kommenden Legislaturperiode stärker als bisher an den eigenen Einnahmen zu orientieren. Unsere Reformabsichten werden sich immer an den finanziellen Möglichkeiten des Landes ausrichten. Die Neuverschuldung des Freistaats wollen wir schrittweise zurückführen, damit wir unsere finanzielle Handlungsfähigkeit erhalten und nicht durch eine stetig wachsende Zinslast erstickt werden.

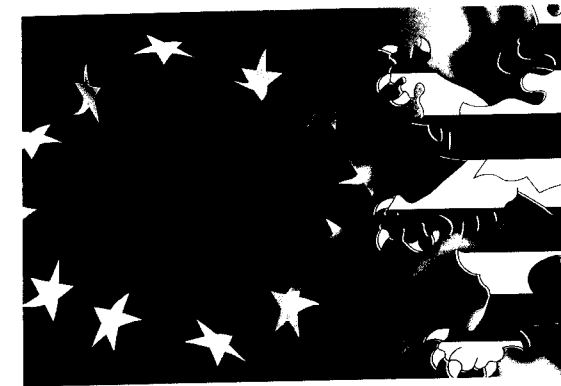
Die im Jahr 2004 zu erwartende Reform des bundesstaatlichen Finanzausgleiches und die damit möglicherweise einhergehenden finanziellen Risiken müssen beherrschbar bleiben. Solange die Vergleichbarkeit der Lebensverhältnisse zwischen Ost und West nicht hergestellt ist, werden wir dafür sorgen, dass dem Freistaat Thüringen weiter Transferleistungen des Bundes zufließen. Wir werden Überlegungen eine klare Absage erteilen, die das Ziel einheitlicher Wirtschafts- und Lebensverhältnisse in Ost und West aufgeben und für Thüringen zu immensen Einnahmeausfällen führen. Wir wollen die eigene Finanzkraft steigern. Durch die konsequente Einführung neuer Steuerungsmodelle sowie die Einführung der Kosten- und Leistungsrechnung in geeigneten Bereichen werden wir das wirtschaftliche Handeln der Verwaltung stärken. Die Strukturen der Landesverwaltung werden wir im Hinblick auf Einsparmöglichkeiten überprüfen

und gegebenenfalls neu gestalten. Die zur Verfügung stehenden Fördermittel des Landes müssen wirksamer als bisher eingesetzt werden. Dazu werden wir die Förderprogramme des Landes hinsichtlich Notwendigkeit, Zielgenauigkeit sowie hinsichtlich des Verhältnisses von Verwaltungsaufwand zu Volumen des Förderprogrammes überprüfen. Zur Unterstützung dieser Zielstellung werden wir im Zweijahresturnus einen Subventionsbericht im Landtag vorlegen. Alles in allem wollen wir einen soliden Finanzkurs für Thüringen.

15. Thüringen in Europa

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten werden den erfolgreich begonnenen Prozeß der Integration Deutschlands und Thüringens in Europa konsequent fortsetzen. Mit dem EU-Binnenmarkt und der Einführung des Euro sind die Herausforderungen, aber auch die Chancen für uns Thüringerinnen und Thüringer größer geworden. Wir wollen unsere Bürgerinnen und Bürger und die Wirtschaft noch besser mit den neuen Rahmenbedingungen vertraut machen. Wir setzen uns im europäischen Kontext nachdrücklich für die Erhaltung und Modernisierung des europäischen Sozi-

alstaatsmodells in seinen Kernfragen ein. Wir plädieren dafür, die rein wirtschaftliche Integration Europas durch eine abgestimmte, flexible europäische Beschäftigungspolitik zu ergänzen. Wir werden unseren Einfluß geltend machen, die europäische Kommission



grundsätzlich strukturell zu reformieren, um Mißmanagement zu verhindern sowie die Durchschaubarkeit und Bürgernähe zu verbessern. Die Rechte des Europäischen Parlamentes müssen deutlich erweitert werden.

Da Thüringen auch weiterhin für mindestens 6 Jahre höchste EU-Förderpriorität genießt, werden wir auf einen noch wirkungsvolleren, integrierten Einsatz dieser Fördermittel besonders in den noch stark benachteiligten Regionen des Freistaates hinarbeiten.

Wir Thüringer Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten werden uns auch

Zukunft für die Integration der mittel- und osteuropäischen Staaten einsetzen, mit denen unsere Region bereits seit langem gute Beziehungen unterhält.

Wir stellen unsere Erfahrungen, die wir bei der Integration in die Europäische Union gesammelt haben, zur Verfügung. Wir werden deshalb unsere Partnerschaften ausweiten, die auf regionaler und fachlicher Ebene mit unseren östlichen Nachbarn, wie z.B. Polen, Ungarn, Slowakei und Tschechien, geschlossen wurden. Gleichmaßen gilt es aber, die westlichen Partnerschaften mit den Regionen Essex und Picardie weiter zu pflegen. Für uns ist die Erweiterung der EU um die Staaten Mittel- und Osteuropas

eine historische Herausforderung, der wir uns trotz aller Probleme im Interesse von Frieden, Wachstum und Wohlstand inmitten unseres geeinten Kontinents stellen.



Notizen

